



Die Ausstellung befasst sich mit der Geschichte und der Gegenwart der Freimaurer.

CHRISTINE MOOR/BERNISCHES HISTORISCHES MUSEUM

Blick in Geheimnisse der Logen

Bern Das Historische Museum widmet den Freimaurern eine Ausstellung

VON THERESE HÄNNI NIEDERHAUSER
UND RAINER SCHNEUWLY

Freimaurer gelten als verschwiegen und einflussreich. Nicht selten taucht die Freimaurerei im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien auf. Das Historische Museum Bern versucht, mit einer Ausstellung einen Blick hinter die geheimnisumwitterten Kulissen zu werfen. Zusammen mit der Berner Loge zur Hoffnung entstand die Ausstellung «Top Secret», die vom 15. Juni bis zum 3. September zu sehen ist, wie das bernische Historische Museum mitteilte.

Die Ausstellung befasst sich mit der Geschichte und der Gegenwart der Bruder-

schaft, thematisiert deren Ziele, Rituale und Symbole. Besucherinnen und Besucher sollen sich mit den Geheimnissen der Logen und mit den Vorurteilen gegenüber den Freimaurern auseinandersetzen, so das Ziel der Ausstellungsmacher. An Podiumsgesprächen werden unter anderem gängige Vorurteile aufgegriffen und diskutiert. Dabei geht es unter anderem um Verschwörungstheorien und Ersatzreligionen.

Wurzeln in England

Die Ausstellung blickt zurück auf die Entstehung der Freimaurerei, die eng mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert und mit der Ausbreitung des Liberalismus im 19. Jahrhundert verbunden ist. Ihre Wurzeln hat

Ein Teil des Tempels der Freimaurerloge zur Hoffnung ist in der Ausstellung mit Originalmobiliar nachgebaut.

die organisierte Freimaurerei in England. Dort vereinigten sich vor 300 Jahren vier Londoner Logen zu einer Grossloge. Damit verfügten die Freimaurer über eine historisch fassbare Struktur, die sich seither weltweit verbreitete.

In der Berner Ausstellung kommen aber auch heutige Freimaurer zu Wort. Mitglieder der Berner Loge zur Hoffnung erzählen in Interviews, was ihnen die Freimaurerei und die verbundene Arbeit an sich selbst bedeutet. Ein Teil des Tempels der Freimaurerloge zur Hoffnung ist in der Ausstellung mit Originalmobiliar nachgebaut. (SDA)

Infos: www.bhm.ch; www.logezurhoffnung.ch

Olympia 2026

Volk soll frühzeitig mitreden können

Das Berner Stimmvolk soll sich frühzeitig zu einer allfälligen Beteiligung des Kantons Bern an der Kandidatur Sittens für die Olympischen Winterspiele 2026 äussern können. Dafür hat sich der bernische Grosse Rat ausgesprochen. Er überwies mit 129 zu 2 Stimmen einen Vorstoss von sieben Grossratsmitgliedern aus ebenso vielen Parteien an die Kantonsregierung. Er besagt, dass der Regierungsrat die Beteiligung Berns an den Spielen dem Grosse Rat vorlegen soll. Anschliessend soll der Beschluss des Rats automatisch dem Volk vorgelegt werden. Die Vorstösser argumentierten, im Kanton Graubünden habe der Regierungsrat auch frühzeitig das Volk zu einer Bündner Olympiakandidatur an der Urne befragt.

Ausserdem wecke der Tour-de-France-Etappenhalt von verganginem Jahr in Bern «ungute Erinnerungen»: Damals hätten die beiden Parlamente von Stadt und Kanton Bern erst dann etwas zum Engagement der öffentlichen Hand sagen können, als ein Nein praktisch unmöglich geworden sei. Bekanntlich erwies sich dann die vom Kanton Bern zur Verfügung gestellten Mittel als ungenügend, und der Regierungsrat musste einen Zusatzkredit sprechen.

Im Kanton Bern sollen gemäss jetzigen Vorstellungen das Skispringen und die Nordische Kombination ausgetragen werden (in Kandersteg). (SDA)

Biel

Neues Reglement zum Parkieren

Die Stadt Biel revidiert aufgrund eines Gerichtsurteils ihr Parkierungsreglement. Das Volk wird am 24. September über die Teilrevision abstimmen können. Das bernische Verwaltungsgericht stellte 2016 fest, dass in der Stadt Biel für diverse Parkkarten-Kategorien keine ausreichende Bemessungsgrundlage für die erhobenen Gebühren besteht. Mit der Teilrevision will die Stadt diesen Mangel nun beheben. (SDA)

Trotz Rüffel weiterhin kein Psychiatrie-Notfalldienst

Seeland In der Region Biel können sich Psychiater weiterhin vom ärztlichen Notfalldienst loskaufen - obwohl dies der Regierungsrat schon vor zwei Jahren kritisierte. Nun kommt aber offenbar Bewegung in diese Geschichte.

VON RAINER SCHNEUWLY

Laut dem Präsidenten des ärztlichen Bezirksvereins Biel-Seeland besteht die Idee, diesen psychiatrischen Notfalldienst teils mit den praktizierenden Psychiatern der Region aufzuziehen, teils mit dem Personal des Standorts Biel des regionalen Netzwerks Psychische Gesundheit (NPG). Das sagte Vereinspräsident Filippo Donati auf Anfrage. An der Sommer-Versammlung des Vereins von heute Donnerstag werde dieses «Projekt», so Donati, diskutiert. Dabei sein werde auch der bernische Kantonsarzt Jan von Overbeck. Ein Entscheid sei allerdings nicht vorgesehen.

Derzeit können sich die Psychiater der Region Seeland vom psychiatrischen Notfalldienst dispensieren lassen, wie seit 2015 bekannt ist. Es handelt sich um etwa 50 Ärzte. Alle anderen Ärzte des Bezirksvereins leisteten

diesen Notfalldienst in ihren Sparten, sagt Donati.

Der Verein zählt rund 370 Mitglieder. Die rund 5500 Franken pro Jahr, welche die Psychiater für die Dispensation vom Notfalldienst bezahlen, fliessen laut Donati in die Finanzierung des ärztlichen Notfalldienstes in den übrigen ärztlichen Sparten. Donati sagt auch, trotz des fehlenden psychiatrischen Notfalldienstes sei die Betreuung von Psychiatriepatienten in der Region jederzeit gewährleistet: Tagsüber beim Standort Biel des regionalen NPG, nachts und an den Wochenenden im Spitalzentrum Biel.

«Gewisses Verständnis»

Der Präsident des ärztlichen Bezirksvereins Biel-Seeland sagte auch, er habe ein gewisses Verständnis für die Seeländer Psychiater: Die Behandlung von psychiatrischen Notfällen sei eine schwierige Situation. In solchen Fällen brauche es auch eine geeignete Infrastruktur. Dass sich die Seeländer Psychiater vom ärztlichen Notfalldienst freikaufen können, war bereits vor zwei Jahren Thema im bernischen Grosse Rat. Die beiden grünen Grossratsmitglieder Daphné Rüfenacht (Biel) und Hasim Sancar (Bern) wollten damals mit einer Interpellation vom Regierungsrat wissen, was er davon halte. Dieser sprach von einer «unbefriedi-

genen Situation». Das Kantonsarztamt habe den ärztlichen Bezirksverein Biel-Seeland aufgefordert, den psychiatrischen Notfalldienst zu organisieren. Andernfalls werde das Kantonsarztamt die Notfalldienste organisieren und die Psychiater zum Dienst verpflichten.

Nun hat Grossrat Sancar vor kurzem erneut eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Darin schreibt er, es sei «ein Skandal», dass es diesen Dienst weiterhin nicht gebe. Personen aus dem Seeland hätten sich bei ihm beschwert. Darauf angesprochen sagte der bernische Kantonsarzt Jan von Overbeck, er sei der Auffassung, Gespräche seien besser als ein Diktat von oben. Wenn er eine Verfügung erlassen hätte, wäre diese angefochten worden. «So ist das doch in der Schweiz», sagte von Overbeck.

Entscheid Ende Jahr?

Mit dem Bezirksverein hätten mehrere Gespräche stattgefunden, und dieser Verein sei nun selber überzeugt, dass es den psychiatrischen Notfalldienst brauche. Von Overbeck bestätigte damit Aussagen in der «Bernern Zeitung» und dem «Bieler Tagblatt» vom Mittwoch. Sein Ziel sei, sagt von Overbeck weiter, im September den psychiatrischen Notfalldienst in Biel aufgebaut zu haben. Donati hofft, dass bis Ende Jahr ein Entscheid vorliegt. (SDA)

Loipenfahrzeuge im Jura bekommen Geld

Grosser Rat Gemeinnützige Vereine, welche im Kanton Langlaufloipen präparieren, sollen dereinst für diese Fahrzeuge Subventionen erhalten vom Kanton Bern.

Der Grosse Rat überwies der Kantonsregierung einen Vorstoss aus mehreren Fraktionen, in dem steht, solche gemeinnützigen Vereine besäßen nur geringe Einnahmen. Im Berner Jura beispielsweise koste ein Tages-Loipenpass zehn Franken. Der Kauf eines Loipenfahrzeugs hingegen komme auf 200 000 Franken zu stehen.

Die Situation im Berner Jura mit Loipen, die eben von gemeinnützigen Vereinen präpariert würden, sei eine andere als in den Berner Alpen. Dort kümmerten sich die Wintersportdestinationen um die Langlaufpisten. Ausserdem subventionierten die Kantone Neuenburg und Jura die Loipenfahrzeuge, der Kanton Bern nicht.

Deshalb brauche es eine Anpassung der Verordnung zum kantonalen Sportfonds. Eingereicht wurde der

Vorstoss gemeinsam von sieben Grossräten, sechs davon aus dem Berner Jura. Erstunterzeichner ist Peter Gasser (PSA/Bévilard).

Regierung wollte bloss prüfen

Die Berner Regierung hatte dem Kantonsparlament beantragt, den Vorstoss zu überweisen, aber in der Form des Postulats, also als Prüfungsauftrag. Wenn die Sportfondsverordnung im Sinn der Vorstösser geändert würde, gab sie zu bedenken, müssten auch andere Sport-Unterhaltungsgeräte subventioniert werden. Die Berner Regierung dachte an Eisaufbereitungsanlagen,

Rasenmäher und anderes.

Geprüft werden könne eine Änderung der Verordnung, weil auf Bundesebene derzeit das Geldspielgesetz revidiert werde.

Im Anschluss daran werde die kantonale Gesetzgebung zu revidieren sein. Das biete die Gelegenheit, die von den Vorstössern aufgeworfene Frage zu prüfen.

Der Grosse Rat wollte in seltener Einigkeit nichts von dieser Zurückhaltung wissen und überwies den Vorstoss als bindende Motion. Dies absolut deutlich mit 122 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen. (SDA)

200 000

Franken kostet ein Loipenfahrzeug.